

tiative demselben in allen Fällen, auch bei Bekämpfung des repräsentativ-demokratischen Systems, bereitwillig überlassen.“ „Mag Preußen dabei eine passive Rolle spielen,“ hieß es, „und in manchen Punkten nur der österreichischen Politik zu folgen scheinen: je mehr es jenen Schein zu gewinnen glückt, desto sicherer wird ihm einst die Mehrheit der Bundesstaaten zufallen, wenn das Aufhören der preussisch-österreichischen Allianz auch den Druck, den ihr vereintes und umfassendes Gewicht ausübte, aufhören läßt.“ Und was Sachsen anlangt, so ist auch das eingetroffen, was in dieser Beziehung in der Denkschrift angerathen wird: „Sachsen wäre zu surveilliren, dabei aber doch mit Mäßigung und Schonung in allen Beziehungen zu behandeln, um vielleicht im Laufe der Zeit eine Partei in Dresden zu bilden, die, wie nach dem siebenjährigen Kriege, klüglich die Vergangenheit vergessend, im Falle des Ereignisses den Anschluß an den umgebenden mächtigen Nachbar anrieth.“ Das „Ereigniß,“ auf welches Preußen losgesteuert hat, ist „die Spaltung Deutschlands;“ sein Ziel, die Oberherrschaft über das zerrüttete Deutschland. Dieser preussischen Politik hat der sächsische Minister der auswärtigen Angelegenheiten durch das Eingehen des Dreikönigsbündnisses wesentlichen, einen sehr wesentlichen Vorschub geleistet. Ich muß behaupten, daß der Bundesstaat, den man gründen will, nichts ist, als die Spaltung Deutschlands, daß er kein deutsches Reich herstellt, und daß er einzig und allein dienen soll den Zwecken Preußens und seiner Alleinherrschaft. Warum verweigerte denn Preußen der Centralgewalt die weitere Anerkennung und Unterstützung? Warum drängte es denn den Reichsverweser so sehr, daß er von seinem Posten heruntergehen sollte? Warum lehnte es sich denn geradezu gegen die Centralgewalt auf, als es ihr den Gehorsam aufkündigte im dänischen Kriege, als es ihr erklärte: „es wolle und werde die Kriegführung und Unterhandlung mit Dänemark selbstständig in die Hand nehmen, weitem Anordnungen der Centralgewalt in Bezug auf Krieg und Frieden keine Folge leisten, auch seine Truppen nicht mehr unter dem Oberbefehle der Centralgewalt stehen lassen?“ Die Note, welche damals an die Centralgewalt ging, sagte ferner: „Unter ausdrücklich erklärter Zustimmung der zunächst betheiligten Regierungen von Hannover und Sachsen hat sich die Königl. Regierung entschlossen, diese Leitung für sich und die ihr verbündeten Regierungen zu übernehmen. Wir werden demnach den Königl. Gesandten in London anweisen, daß er seine weiteren Verhaltensbefehle nur noch von der Königl. Regierung zu empfangen und in ihrem und der ihr verbündeten Regierungen Namen zu unterhandeln habe. Gleichzeitig werden auch dem General Prittwitz entsprechende Anweisungen zugehen.“ Erinnern Sie sich, meine Herren, wie die Centralgewalt dieses Verfahren nannte? Sie nannte es — Bundesbruch, und der Herr

Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist mitschuldig. Und nachdem nun Preußen die Oberleitung des dänischen Krieges in die Hände genommen hatte, nachdem es seinem General Prittwitz, nicht mehr dem Reichsgenerale „entsprechende Anweisungen“ hatte zugehen lassen, was geschah? Die Ereignisse sind noch in Ihrer Aller Erinnerung, und der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist mitschuldig an diesen Ereignissen. Warum betrieb denn ferner Preußen die Unterhandlungen wegen Schließung des Dreikönigsbündnisses mit einer solchen Eile, daß unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten kaum recht zur Besinnung kommen konnte? Mit einer Eile, daß, wie er selbst sagt, „man am 20. Mai eine bindende Erklärung der Bevollmächtigten über den Beitritt ihrer Regierungen zum engern Bündniß verlangte, obschon die Zeit gemangelt hatte, ihnen nur über dessen Grundzüge irgend eine schriftliche Vorlage zu machen, und zwar mit der Erklärung, daß jede fernere militärische Hülfsleistung von Seite Preußens durch den Beitritt bedingt sei“? Meinen Sie, daß das im Interesse Deutschlands geschah? Oder geschah es im Interesse Preußens? Warum besteht denn Preußen so fest auf diesem Bundesstaate, von dem es selbst sagt, daß Oesterreich darin keinen Platz finden könne? In der Conferenz vom 18. Mai sagt es: „Mit Oesterreich sei der Aufbau des Bundesstaates, den Deutschland mit Recht beanspruche und nicht mehr entbehren wolle, geradezu unvereinbar geworden“, und in der Sitzung vom 23. Mai sagt es: „Es halte fest an der Annahme, daß in den Bundesstaat, der nach seiner Ansicht für Deutschland ein Recht und eine Nothwendigkeit geworden, Oesterreich nicht eintreten könne, nicht eintreten werde, mit dessen Proposition Preußen aber in jedem Fall hervortreten werde“? Wollen Sie da noch zweifeln, daß es auf die Spaltung Deutschlands abgesehen ist und abgesehen auf die Ausstoßung Oesterreichs? und wenn Sie noch einen Beweis haben wollen, was es mit dem Bündnisse für eine Bewandniß habe, so berufe ich mich auf das Zeugniß des preussischen Oberregierungsraths Mathies, welcher in der Schrift: „Preußens deutsche Politik“ den Bundesstaat zum Mittel erklärt, „Preußen in seiner europäischen Stellung zu erhalten.“ Anfangs konnte es wohl scheinen, als ob in diesem Bundesstaate alle deutsche Stämme Wohnung und Platz finden könnten; aber von diesem Ziele ist man längst abgewichen. Es handelt sich nicht darum, Deutschland in diesen Bundesstaat zu vereinigen, sondern man nimmt, so viel man bekommt, „wie Viele oder wie Wenige beitreten, darauf kommt es nicht an“; „mit Vielen und mit Wenigen“ wird der Bundesstaat geschlossen. Das ist aber kein deutsches Reich, das ist kein Deutschland, wie wir es wollen, und wie es das Jahr 1848 wollte. In der Proclamation der Bundesversammlung, welche in Folge der Pariser Februar-Revolution erschien, hieß es: „Deutschland soll und muß auf die Stufe hinaufgehoben